



Nachhaltige Entwicklung

Einleitung

Mit diesem Papier beschreibt die MIJARC (Internationale Katholische Land- und Bauernjugendbewegung) ihre Position zur nachhaltigen Entwicklung. Es soll als Grundlage für weitere Diskussionen dienen.

Ende August 2002 fand in Johannesburg der Rio+10-Gipfel statt. Diese Konferenz sollte die Ergebnisse des Rio-Gipfels von 1992 aufgreifen und Strategien forcieren, um das zu erreichen, was als Kompromiss von den Staatschefs auf

der ersten großen UN Konferenz zu nachhaltiger Entwicklung im Aktionsplan unterzeichnet wurde. Unglücklicherweise und trotz vieler Anstrengungen geschah nicht viel seither. Aber der Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ ist bekannt und weltweit in Gebrauch, und nach und nach wurde er zu einem Schlagwort. Vorweg wollen wir klarstellen, dass wir dieses Thema nicht diskutieren wollen, weil es modern ist. Wir wollen die Ori-

nalbedeutung des Begriffs „Nachhaltige Entwicklung“ erhalten und die Aufmerksamkeit auf die Konzepte lenken, die aus unserer Sicht dienlich sind, um das gesetzte Ziel langfristig zu erreichen. Mit diesem Papier wollen wir der Welt unsere Position präsentieren und in einen Dialog mit all unseren PartnerInnen treten, um für das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung Lobbyarbeit zu leisten.

Die Gründe, an der gegenwärtigen Diskussion teilzunehmen, sind vielfältig. Zunächst ist der Prozess zur nachhaltigen Entwicklung eine der Aktivitäten der UN, die am stärksten für den Einfluss Jugendlicher geöffnet ist. Dies ist einer der Gründe, warum die MIJARC sich dazu entschlossen hat, das vorliegende Papier zu erstellen. Darüber hinaus glauben wir als christliche Landbewegung daran, dass wir die Pflicht haben, unsere Mitglieder und andere Menschen in einer demokratischen Umwelt zu bilden. Wir wollen ihnen Mittel an die Hand geben, mit deren Hilfe sie ihre eigenen Ideen und Aktionen, die eng verknüpft sind mit ländlicher Entwicklung, verwirklichen können.



Nachhaltige Entwicklung

Die Tatsache, dass wir für und mit jungen Menschen arbeiten, heißt, dass unsere Basis die Bedürfnisse der Jugend sind. Wir vertreten den Teil der Bevölkerung, der eine extrem wichtige Rolle im Aufbau einer nachhaltigen Gesellschaft und vor allem auf lokaler Ebene spielt. In diesem Sinne soll dieses Papier auch ein Werkzeug sein, das unsere Mitglieder intern nutzen können, um Diskussionen in Gang zu bringen. Unser christlicher Hintergrund ist Basis

für die Entwicklung dieses Papiers. Gott schuf Männer und Frauen, die frei sind zu gestalten und zu entwickeln, mit dem nötigen Respekt vor der Schöpfung und dem Gefühl für Gerechtigkeit gegenüber dem Rest der Menschheit. Sie müssen sich der Ausbeutung von Menschen und Ressourcen entgegenstellen. Wir stellen uns hinter das Prinzip des Zweiten Vatikanischen Konzils: Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit sowie Schutz der Schöpfung.

Auf den nächsten Seiten findet sich ein theoretischer Abriss zur nachhaltigen Entwicklung. Enthalten ist unter anderem eine Definition des Begriffs sowie Erläuterungen zu verschiedenen Facetten. Der zweite Teil gibt die Position der MIJARC zur Strategie für eine nachhaltige Entwicklung wieder. In ihm finden sich Forderungen sowie Verpflichtungen für die Umsetzung auf verschiedenen Ebenen.

Historische Betrachtung und Definition des Prinzips einer nachhaltigen Entwicklung

Die Idee einer nachhaltigen Entwicklung ist den verschiedensten Interpretationen ausgesetzt und immer noch Gegenstand einer Vielzahl von Missverständnissen. Die Idee entstand aus der Verknüpfung von Umweltschutz, ökonomischer Effizienz und sozialem sowie politischem Fortschritt.

I. Historischer Abriss

Nachhaltige Entwicklung ist eine Antwort auf das Bedürfnis nach einem neuen Gesellschaftskonzept, das versucht, Verluste wieder auszugleichen, die durch einen exzessiven Umgang mit der Welt entstanden sind (wahrnehmbar seit den 70er Jahren).

Das Neue in den 80er Jahren war die Art der Umweltschäden. Bis dahin war das, was zur Sorge Anlass gab, meist lokale Schäden (eine versiegende Quelle, abgestorbene Gewässer, verschmutzte Waldstücke). Man musste sich lediglich mit punktuellen Phänomenen auseinandersetzen. In der Mitte der 80er Jahre trat etwas anderes auf: Schäden, hervorgerufen durch den Mechanismus, der den Planeten reguliert, der den Erhalt derjenigen Bedingungen auf

seiner Oberfläche ermöglicht, die günstig für die Entwicklung von Leben sind.

Dieser Gedanke ist das Ergebnis einer langen Entwicklung und einem Aufeinandertreffen zweier Tendenzen. Die erste proklamiert den weltweiten Mangel an Wachstumsgleichgewicht zwischen den entwickelten Ländern und den Ländern des Südens. Die zweite – ökologische – Tendenz bringt eine kritische Sichtweise der ökonomischen Aktivitäten, vor allem in Bezug auf globale Prozesse, ein.

1972 veröffentlichte der Club of Rome den Bericht „Grenzen des Wachstums“, der eine Entwicklung beschreibt, die die verfügbaren natürlichen Ressourcen ausbeutet und einen bedeutenden Teil der Weltbevölkerung an den Rand der Gesellschaft stellt. Der Club of Rome strebt ein „Nullwachstum“ der industrialisierten Länder an. Dies rief starke Kontroversen zwischen denjenigen hervor, die versuchten, den Weg ökonomischer Entwicklung zu gehen – den Ländern des Südens – und denen, die den Akzent auf den Erhalt der Umwelt setzen wollten. Eine Synthese der beiden verschiede-

nen Tendenzen wurde 1972 in der ersten UN-Konferenz zu Entwicklung gefunden, welche den Begriff „Öko-Entwicklung“ skizziert.

Das tatsächliche Ergebnis entstand 1987 mit dem Brundtland-Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“, der zur Integration von Umweltbelangen in den Prozess der ökonomischen und sozialen Entwicklung aufrief. In diesem Bericht wird erstmals Nachhaltigkeit definiert.

Zwanzig Jahre später fand die Konferenz von Rio, der „Erd-Gipfel“, statt. Nahezu 180 Länder nahmen einen Gründungstext an: Die „Rio Deklaration zu Umwelt und Entwicklung“, ebenso eine Deklaration, die Vorschläge zur Umsetzung enthält: die Agenda 21. Die Staaten werden aufgefordert, eine Strategie für nachhaltige Entwicklung zu etablieren. Die lokalen Verantwortlichen werden aufgefordert, eine lokale Agenda 21 aufzustellen.

Heute kann man nicht sagen, dass die Regierungen versucht haben, diese Pläne zu implementieren. Viel schlimmer ist jedoch die Beobachtung, dass sich die Umweltsituation unseres Planeten

trotz zahlreicher Konferenzen und Abkommen verschlechtert hat.

Der weltweite Gipfel zu nachhaltiger Entwicklung, der in Johannesburg Ende August 2002 stattfand, sollte einen dynamischen Prozess ankurbeln, der seit der Konferenz in Rio 1992 ins Stocken geraten war. Eine der Herausforderungen war die Lobbyarbeit gegenüber den verantwortlichen politischen Kräften, damit diese endlich an die Umsetzung der vereinbarten Ziele gehen.

Darüber hinaus kann man sehen, dass die Ideen des Konzeptes nachhaltiger Entwicklung missbraucht wurden!

Wir wollen dieses Konzept nicht, um politisch korrekt zu sein. Wir wollen, dass Bürger im täglichen Leben Verantwortung übernehmen, um die Regierungsgewalt in unserem Sinne zu verändern. Wir wollen das Konzept der nachhaltigen Entwicklung mit Leben füllen.

II. Definition des Konzepts einer nachhaltiger Entwicklung

Entwicklung steht im klaren Widerspruch zum rein ökonomischen Konzept des Wachstums, das die Zunahme des Austausches von Gütern in einem Markt mit geldwerten Beziehungen beschreibt. Entwicklung impliziert, dass das Ziel jeder menschlichen Aktivität, einschließlich der ökonomischen Aktivitäten, folgendes sein muss: Die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse der gesamten menschlichen Bevölkerung. Es ist also notwendig, die negativen Aspekte des Wachstums zu berücksichtigen. Es muss all das betrachtet werden, was derzeit nicht mit Begriffen des Marktes oder nur mit großen Schwierigkeiten erfasst werden kann. Es ist auch notwendig, die Vielfalt an Reichtümern zu berücksichtigen, die mehr einschlie-

ßen als Güter und Dienstleistungen (z.B. Bildung, Kultur ...).

Das Konzept des Wachstums ist blind gegenüber diesen Gütern. Wir müssen das, was wir produzieren, in Betracht ziehen, aber auch das, was wir zerstören, wenn wir produzieren, was wir verschwenden, wenn wir konsumieren.

Allgemein gesprochen, das Konzept der Entwicklung versucht, eine erweiterte und komplettere Vision des sozio-ökonomischen Prozesses umzusetzen. Entwicklung wird nicht nur durch eine Verbesserung des Lebensstandards erreicht, sondern vor allem durch eine flächendeckende Verbesserung der Lebensbedingungen.

Der Begriff „nachhaltig“ bedeutet, dass Entwicklung nicht den eigenen Untergang mit sich bringen darf. Wenn das langfristige Überleben egal wäre, könnten wir Ressourcen verwenden, ohne uns über die Bedingungen ihrer Erneuerung Sorgen zu machen. Menschliches Leben kann in Gefahr sein, wenn wir in die Balance des Ökosystems eingreifen.

Es gibt viele Definitionen nachhaltiger Entwicklung. Wir können

jedoch eine der bestehenden Definitionen aufgreifen, diejenige des Brundtland-Berichts: „Nachhaltigkeit ist eine Entwicklung, die die Befriedigung der gegenwärtigen Bedürfnissen der Menschheit sicherstellt, ohne die Kapazitäten zukünftiger Generationen zu gefährden, um deren Bedürfnisse zu befriedigen.“

Der Mensch steht bei dieser Definition im Zentrum. Das bedeutet, ein Gleichgewicht zwischen ökonomischer Entwicklung, Umweltschutz, Befriedigung der Bedürfnisse im sozialen Bereich und Respekt vor kulturellen sowie politischen Ausdrucksformen.

Ein Modell nachhaltiger Entwicklung muss besonders die Grundbedürfnisse (Nahrung, Wasserversorgung, Unterkunft, Energieversorgung, Erziehung, Gesundheit, Teilhabe an Entscheidungen) der besitzlosen und armen Menschen sowie der am stärksten benachteiligten Bevölkerung befriedigen. Es muss auch die Technologien und Lebensformen sozio-ökonomischer und ökologischer Eigenheiten einer Region anpassen und die Kosten für alle Auswirkungen tragen.



Nachhaltige Entwicklung

Die Herausforderung besteht darin, die Prinzipien von Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Verantwortung direkt in das Entwicklungskonzept zu übertragen. Das bedeutet, dass wir eine enorme kulturelle Veränderung in unser Weltbild einbauen müssen. Um uns selbst innerhalb dieses neuen Weltbildes zu positionieren, müssen wir bereit sein, verbindliche Verpflichtungen einzugehen.

Folgendes Schema zeigt das Zusammenspiel der verschiedenen Elemente:



Das positive Zusammenwirken dieser Elemente ist nicht von sich aus erreicht. Es müssen also die menschlichen Aktivitäten aufeinander abgestimmt werden. Dies bringt uns zum politischen Feld.

Hinter der Definition verbirgt sich eine große Anzahl verschiedener Prinzipien:

- Das Prinzip Solidarität kann in unterschiedlichen Dimensionen gesehen werden: Solidarität durch die Zeit führt dazu, zukünftige Generationen bereits in unseren gegenwärtigen Aktivitäten zu berücksichtigen. Ein wichtiger Aspekt ist diesbezüglich der schonende Umgang mit nicht erneuerbaren Energien. Die Solidarität durch die Zeit ruft uns zu tiefen Umbrüchen auf: Die technischen und industri-

ellen Möglichkeiten müssen die Veränderung der Entwicklungen des Nordens berücksichtigen und gleichzeitig die Entwicklung des Südens erlauben. Diese Solidarität und Kooperation ist essentiell auf nationaler Ebene, aber auch auf den regionalen und lokalen Ebenen.

- Für die Zukunft wird besonders interdisziplinäres Denken und Handeln gefragt sein. Wie leicht festzustellen ist, muss diese Idee in einer komplexen Art und Weise behandelt werden. Wir sind konfrontiert mit einem stark systemischen Ansatz von Beziehungen. Unsere Herangehensweise muss daher sektorübergreifend sein. Dies ist ein unverzichtbares Element, da es uns erlaubt:

- einzustehen für eine globale Veränderung
 - Netzwerke zu schaffen für ein besseres Verständnis
 - uns selbst für ein besseres Aktionspotential zu positionieren
- Nachhaltige Entwicklung zwingt uns, Konfrontationen zu vermeiden und manchmal auch zur Zusammenführung von Ansätzen, Kulturen und Disziplinen. Diese Forderung nach interdisziplinärem Handeln stellt die traditionellen Herangehensweisen auf den Kopf. Es erfordert auch mehr als nur ein einfaches Nebeneinander von Aktionen.

- Besonders wichtig ist das Prinzip der Vorsicht: Da der gegenwärtige Wissensstand es uns nicht erlaubt, alle zukünftigen Ereignisse vorherzusehen, ist es notwendig Prävention zu betreiben und Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen. Der Gedanke ist, Probleme nicht zu verwalten, sondern ihre Ursachen zu beheben. Auf der anderen Seite ist es erforderlich, dass für die Folgen negativer Auswirkungen, zum Beispiel bei



Verschmutzungen, die Verursacher in Haftung genommen werden.

- Das Prinzip der Partizipation: Nachhaltige Entwicklung kann nicht aufgezwungen werden. Die Herausforderung steckt in der Integration der verschiedenen Felder menschlicher Aktivität zu einer für alle gemeinsamen Perspektive. Dieses setzt die Unterstützung eines großen Teils der Bevölkerung voraus. Um nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, muss die Politik in der Lage sein, für die Zukunft der Gesellschaft zu handeln. Hinter der Organisation einer öffentlichen Diskussion (Information, Bewusstseinsbildung, Bildung und demokratische Diskussionen) steht an oberster Stelle der Wille, die BürgerInnen in politische Entscheidungsprozesse einzubinden. Eine ernst gemeinte Partizipation muss eine tatsächliche Einflussnahme gewährleisten. Was also in die Praxis umgesetzt werden sollte ist eine Demokratie, die auf Mitentscheidungen und der demokratischen Beurteilung öffentlicher Politik basiert.
- All dieses bringt uns zu einem Prinzip der hohen politischen Verantwortung (vor allem im Norden), angesiedelt auf einer individuellen und ebenso einer kollektiven Ebene. Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung zwingt uns dazu, das ökonomische Joch zu übertreten, um zurück zu kommen zu einer Hoheit des politischen Sektors, der die Herrschaft des Volkes repräsentiert. Wir brauchen eine regierende Gemeinschaft, die für das Gemeinwohl arbeitet. Nachhaltige Entwicklung erfordert eine innere Veränderung in uns selbst, innerhalb der Gesellschaft

und der Institutionen, in denen Menschen eingebettet sind. Es ist notwendig Aktionen vorzunehmen, die auf all diese Dimensionen abzielen. Verantwortung zu übernehmen heißt ebenso, unser Handeln nach Werten auszurichten. Dies ist genau das, was unserem Leben Sinn gibt, was zählt, worauf wir uns gründen. Der Grund, warum wir leben. Jede Wahl, die wir treffen, macht klar, dass wir uns selbst engagieren müssen, um zu definieren, was wir als wichtig erachten.

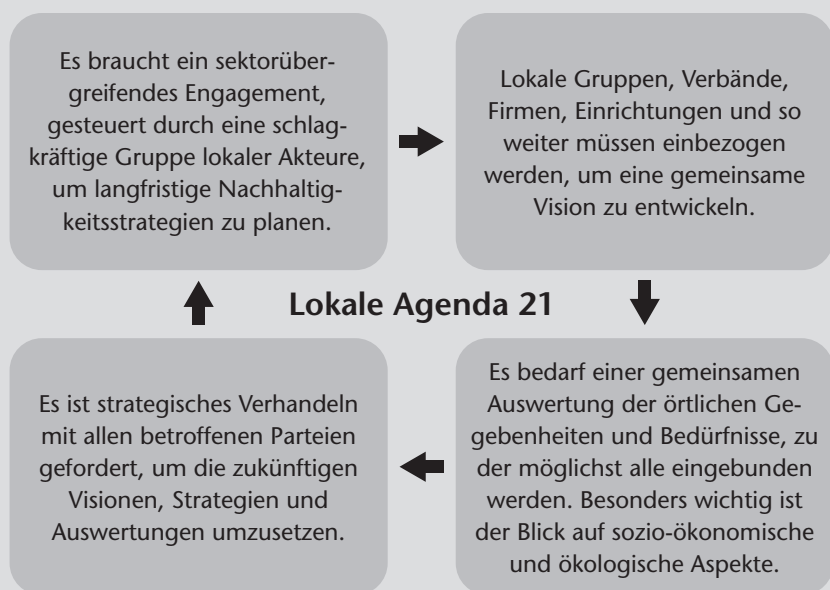
III. Agenda 21 – Ein Werkzeug, um die Grundlagen nachhaltiger Entwicklung zu etablieren

Um die Ziele der nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen, braucht es eine Vision, aber auch Praxis und Experimentierfreudigkeit. Die Agenda 21 ist ein Aktionsprogramm in Form von Empfehlungen für Staaten, Institutionen, lokale Kollektiven, für die Zivilgesellschaft sowie für ökonomische und soziale Akteure. Die Agenda 21 muss auf allen Ebenen implementiert werden.

Hauptziele sind die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse, die Verbesserung des Lebensstandards aller Menschen, das Finden eines Systems, um das Ökosystem zu bewahren. Die Motivation für die Schaffung einer lokalen Agenda 21 ist das Ziel zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung vor Ort. Folgende Eckpunkte sind dafür zu berücksichtigen:

- Umweltbelange im Bereich der Wirtschaft
- Umgang mit natürlichen Ressourcen
- eine sozio-ökonomische Entwicklung, die sich auf Beschäftigung, gerechte Chancenverteilung und Lebensstandards auswirkt
- Umgang mit Energie
- Abfallbeseitigung
- Mobilität
- der Einfluss lokaler Akteure auf globale Zusammenhänge (z. B. Treibhauseffekt, ...)

Vier Komponenten können für die Erarbeitung einer lokalen Agenda 21 benannt werden:



Nachhaltige Entwicklung

Eine lokale Agenda 21 setzt die Verknüpfung von kurzfristigen Aspekten und langfristigen Visionen voraus (10 bis 15 Jahre). Sie fordert die Verbindung eines lokalen Ansatzes mit globalen Anliegen. Dadurch, dass ökonomische und ökologische Belange in Überlegungen und Entscheidungen einbezogen werden, erlaubt die Agenda 21 den relevanten Akteuren, ihr eigenes Denken und Handeln über die Grenzen hinweg zu erweitern. Daneben findet man eine hohe Motivation zur Mobilisierung und Partizipation breiter Teile der Bevölkerung für die Zukunft einer Region.

Allerdings leiden derzeit die Initiativen zur Umsetzung der lokalen Agenda 21 unter ungenügendem Engagement von Seiten der Staaten, d.h. einem sehr geringen finanziellen Engagement. Hinzu kommt, dass viel zu oft zwischen Politik und Verwaltung getrennt wird. Dies schädigt auf allen Ebenen die Implementierung einer globalen und integrierten Strategie. Man kann beobachten, dass es gerade in ländlichen Räumen viel mehr Ressourcen zur Umsetzung von lokalen Agenda 21 Prozessen braucht. Vor allem braucht es die Einbeziehung der Bevölkerung.

Ein Agenda-Prozess lebt im Wesentlichen von der Mitbestimmung der BürgerInnen. Damit dies gelingen kann, ist zu bedenken, dass lokale Partizipation problematisch sein und in verschiedene Richtungen gehen kann:

- Wenn der Prozess nicht richtig vorbereitet ist, wird die Rolle der Akteure zur reinen Illusion.
- Verstärkung von Egoismus (z.B. „Wir müssen uns um unseren Abfall kümmern – aber nicht hier“).
- Verstärkung der Konkurrenz zwischen Kommunen, wenn es keine Vision gibt, die über die Gemeindegrenzen hinaus geht.
- Die Auseinandersetzung mit angeblich dringenden, zeitnahen Anliegen wird manchmal zur Entschuldigung, um die nachhaltige Lösung grundsätzlicher Probleme zu umgehen.

Als Schlussfolgerung müssen wir festhalten, dass es keine Einheitslösung zur Realisierung der Beteiligung gibt. Wichtig ist jedoch, dass zum Ausdruck kommen kann, was die Akteure wollen. In jedem Fall kann Partizipation ein wichtiges Element sein, um BürgerInnen für eine nachhaltige Entwicklung zu gewinnen.



Unsere Position

1. Politischer Wille

Zuallererst müssen wir die Herangehensweise an das Thema nachhaltige Entwicklung radikal ändern. Aus heutiger Perspektive ist leicht ersichtlich, dass wir zu weit gegangen sind: Klimawechsel, reduzierte Wasserressourcen und Zunahme an Hunger und Armut sind nur einige Beispiele, die aufzeigen, dass unsere Gesellschaften und Ökonomien zu Lasten der

verfügbaren Ressourcen, des Umweltschutzes, der Zunahme von Ungleichheit und des Ausschlusses sozialer Gruppen wachsen. Die Tatsache, dass das gegenwärtige System unfähig ist Antworten auf die derzeitige Situation zu geben, zeigt klar, wie nötig es ist einen Neuanfang zu machen – ein soziales Projekt zu entwickeln und in Übereinstimmung mit diesem

zu handeln. Dies bedeutet, ein gemeinsames Ziel zu definieren, das langfristig erreicht werden kann. Hierbei wird auf die Beteiligung aller Akteure gezählt, von den politischen Kräften bis zur Zivilgesellschaft. Dies erfordert einen starken politischen Willen, der von allen Akteuren kommen muss, sowie ein Umdenken auf allen Ebenen.

Ein alternatives Modell zum Neoliberalismus braucht mehr als einen einzigen Ansatz. Es gibt verschiedene Alternativen für unterschiedliche Länder und Regionen in einem einzigen weltweiten ökonomischen System. Wir müssen die kulturelle Gleichschaltung beenden; kulturelle Unterschiede sind Quelle globaler Nachhaltigkeit.

Die Definition eines sozialen Projektes erfordert die Beteiligung der Bevölkerung. Zivilgesellschaft und PolitikerInnen müssen sich der Sache weiterhin verpflichtet fühlen und gemeinsam arbeiten – im Verständnis und Respekt vor den Funktionen und der Verantwortung des jeweils anderen. Damit die Bevölkerung sich verpflichtet fühlt, muss sie zunächst darüber informiert werden, warum sie teilnehmen soll. Nur so wird sie sich bestärkt fühlen, an Gestaltung und Umsetzung des Projektes teilzuhaben. Sie sollte auch lernen, wie weit man in den Entscheidungsfindungsprozess gehen kann und in welchem Maße er beeinflussbar ist.

Das zu entwickelnde Projekt muss ein langfristiges sein, da die Idee von nachhaltiger Entwicklung die Wahl einer langfristigen Perspektive beinhaltet. Das bedeutet das Beibehalten des definierten Projektes und die Arbeit an ihm, selbst wenn Regierungen und Schlüsselakteure wechseln. Dies ist eine langfristige Verpflichtung.

Dafür müssen wir ein besseres Wissen der bereits existierenden Strukturen zur Verfügung stellen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft (Gewerkschaften, Jugendstrukturen und andere Formen von strukturierten und demokratisch legitimierten Organisationen) anerkennen, so dass ein größeres Engagement und eine

größere Sensibilisierung erreicht werden. Die Agenda 21 ist ein gutes Beispiel für die Beteiligung an Projekten nachhaltiger Entwicklung, da hier alle BürgerInnen an der Gestaltung und Umsetzung von Programmen mitwirken, ganz gleich, wie klein die Gemeinschaften sind. Auf höherer Ebene kann man dies beispielsweise an der Arbeitsweise der Vorbereitungsgruppe für den Johannesburg-Gipfel 2002 sehen: ein Prozess, der sich versteht als „bottom-up“ und der anhalten sollte. Auf europäischer Ebene können wir uns auch auf das Weißbuch zur Europäischen Regierungsführung beziehen, welches die Notwendigkeit unterstreicht, Europa näher an seine BürgerInnen zu bringen, indem sie aktiv einbezogen werden.

Die Kenntnis zivilgesellschaftlicher Organisationen legt die Basis für alle weiteren Schritte und trägt gleichfalls qualitativ zur Entwicklung bei.

Als christliche Landjugendorganisation haben wir eine Position einzunehmen. Wir müssen bereit sein, die uns gegebenen Gelegenheiten zu nutzen und unseren eigenen Raum zu gestalten, um unsere Beiträge zu nachhaltiger Entwicklung zu leisten. Wir haben eine Menge zu sagen zu ländlicher Entwicklung, und als international organisierter Verband müssen wir in der Lage sein, die lokale mit der internationalen Dimension zu verknüpfen. Dies bedeutet auf lokaler Ebene anzufangen und diese zu einer globalen Perspektive auszubauen. MIJARC steht für die Idee von lokaler Aktion und globalem Denken, so dass unsere Aktionen, die im Dorf verwurzelt sind, Auswirkung haben können in einem globalen Kontext. Mehr noch, es ist in unserer Hand, der Landjugend den oben erwähnten

neuen Charakter zu geben und zwar durch Training und Bildung unserer Mitglieder. Diese wiederum können dann Einfluss nehmen auf die Gestaltung von nachhaltigen Entwicklungsprojekten in ihren Dörfern.

Um politischen Willen zu entwickeln, braucht es einiges Nachdenken vor dem Projektstart. Das Projekt selbst bedarf ständiger Auswertung und Erneuerung. Es sollte offen sein für die Miteinbeziehung neuer Akteure.

Um der Gesellschaft die eigenen Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, sollte vor Projektbeginn ein Bewusstsein für neue Perspektiven geschaffen werden. Wir müssen damit aufhören, politische Fragen als zu weit entfernt und komplett getrennt von der alltäglichen Realität wahrzunehmen. Die Förderung von Transparenz auf allen Ebenen ist ein Mittel, das sicher zu Motivation und Beteiligung der Bevölkerung beitragen kann. Wir empfinden zum Beispiel die Europäische Union und die Welt handelsorganisation (WTO) als zu kompliziert und zu weit weg von den täglichen Belangen, um sie zu verstehen. Wir kommen zu dem Schluss, dass die Art und Weise, wie sie funktionieren, nicht transparent genug ist für unsere Ortsebene, um sie zu verstehen oder etwas damit anfangen zu können.

Für uns bedeutet Transparenz, über das zu informieren, was getan wurde. Dabei müssen die Bedürfnisse der Bevölkerung in Politik und Initiativen klar berücksichtigt werden.

Darüber hinaus wäre es sinnvoll, Evaluationsmethoden zu entwickeln, die Einfluss und Auswirkung von Wirtschafts-, Sozial- und Landwirtschafts- sowie von Lokalpolitik auf nachhaltige Entwicklung messen können.



Nachhaltige Entwicklung

2. Ökonomie

Im vorangegangenen Kapitel haben wir uns bereits darauf bezogen, dass bestehende Politik nicht transparent genug ist. Wirtschaftspolitik beispielsweise ist häufig losgelöst von Umweltschutz, dem Kampf gegen den Ausschluss sozialer Gruppen und Armut. Kurz gesagt, diese Politik basiert mehr auf Wachstum (Förderung von Quantität) als auf Entwicklung (Förderung von Qualität und Gerechtigkeit). Wachstum beinhaltet, Menschen in den Dienst solcher wirtschaftlicher Interessen zu stellen, die sich auf die wahllose Aus-



beutung von Ressourcen stützen. Die Idee von nachhaltiger Entwicklung dagegen stellt den Menschen ins Zentrum eines Prozesses, der zum Ziel hat, eine Antwort auf ihre fundamentalen Bedürfnisse zu geben und ihr Wohlbefinden zu sichern.

Es ist traurig genug, dass wir Zeugen einer Politik werden, die sich von den Menschenrechten immer weiter entfernt. Die AIDS-Konferenz in Barcelona im Juni 2002 betonte die Tatsache, dass medizinische Versorgung aus ökonomischen Gründen nicht verfügbar ist. Auch können wir verweisen auf das Verschwinden von lokalen Mikro-Wirtschaften.

Dies verhindert, dass ländliche Gemeinden sich autonom entwickeln. Diese Beispiele zeigen, wie Macht und Individualismus Tag für Tag über soziale Gerechtigkeit regieren. Große internationale Institutionen, durch Großunternehmen beeinflusst, definieren eine Politik, die den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht Rechnung trägt. Dies verursacht hohe Kosten, vor allem für die am meisten benachteiligten Bevölkerungsteile. Das neue soziale Projekt, auf das wir uns zuvor bezogen haben, steht für die Förderung einer sozialen und solidarischen Wirtschaft. Solche ökonomischen Prinzipien sind verknüpft mit der Idee einer nachhaltigen Entwicklung, in der es um die Schaffung von Partnerschaften geht – in Solidarität und Kooperation mit denjenigen nahebei als auch denjenigen, die weit entfernt von uns leben.

Wir fordern die Unterordnung der WTO Richtlinien unter die Prinzipien der UN in Bezug auf den Schutz von Ökosystemen, den durch die ILO definierten fundamentalen Arbeitsrechten sowie die multilateralen Umweltschutzvereinbarungen. Auch das GATS-Abkommen zu Liberalisierung von Handel und Dienstleistungen durch die WTO muss in Frage gestellt werden. Die Privatisierung von Grunddienstleistungen muss verhindert werden. Stattdessen muss der Zugang zu diesen Dienstleistungen garantiert sein, damit auch die am meisten gefährdeten Bevölkerungsschichten ihre Grundbedürfnisse (Zugang zu Wasser, Ernährungssouveränität, Gesundheit, Erziehung, etc.) befriedigen können. Das Weltsozialforum in Porto Alegre ist eine Möglichkeit, Schritte zur

Weiterentwicklung von Konzepten zu unternehmen, die eine andere Welt möglich machen.

In der MIJARC haben wir die Chance, die Prinzipien von Kooperation und Solidarität durch Austausch und langfristige Partnerschaften zu unterstützen. Diese erlauben uns, einen gemeinsamen Ansatz sowohl in Europa als auch in Kooperation mit dem Süden aufzubauen, wie beispielsweise Fair-Trade-Projekte mit unseren PartnerInnen in anderen Ländern.

Wir treten auch ein für den Kampf gegen Armut. Zum Beispiel muss das wieder bestätigte Ziel von Rio erfüllt werden, dass Industrieländer 0,7 Prozent ihres Bruttonationalprodukts zur Entwicklungsunterstützung geben. Der Beschluss im Rahmen der UN Konferenz, das Entwicklungsbudget um 0,33 Prozent zu erhöhen, reicht nicht aus. Konkrete Pläne, das Budget zur Unterstützung von Entwicklungsarbeit zu erhöhen, sind notwendig. Wir treten auch ein für den Schuldenerlass, selbst wenn dies nicht ausreichend ist – denn es ändert nicht die Art der Beziehung, welche dem Süden vom Norden aufgezwungen wird und die in unseren Augen mehr ist als eine ökonomische Angelegenheit. Dies hat auch zu tun mit einer Schuld bezüglich Mensch und Ressource, da wir beide ausgebeutet haben zu unserem eigenen Wohl. Dabei haben wir die nachteiligen Auswirkungen vergessen, die solche Aktionen haben würden. Der Norden hat den Süden enteignet: von seinen menschlichen Ressourcen durch Sklaverei und von seinen natürlichen Ressourcen, indem er sie als Rohmaterial für seine eigenen Interessen über Jahrhunderte hinweg ausgebeutet und benutzt hat.

3. Raumentwicklung

Es ist nicht möglich, die Nutzung von Land (natürliche, landwirtschaftliche, ländliche, städtische Räume), die Verteilung von Aktivitäten (Wohnen, Handel, Produktion ...) und Infrastruktur voneinander losgelöst zu betrachten. In einem globalisierten Kontext gewinnt integrale lokale Entwicklung mehr und mehr an Bedeutung.

Die Umsetzung von lokalen Agenda 21 Prozessen in allen Regionen sollte alle Akteure mobilisieren, die strategischen Ziele nachhaltiger Entwicklung zu erreichen.

Solche Projekte müssen auf der Bewertung aller seit Generationen weitergegebenen Vermögen und Wissen und Ressourcen eines jeden Landes basieren. Die Verwendung von Indikatoren nachhaltiger Entwicklung, die dem jeweiligen Rahmen angepasst sind, ermöglicht einen Fortschritt zu messen. Wenn die Frage lokaler Entwicklung nicht bereichert wird durch das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, kann es dazu führen, dass sie als bloße Methodik verstanden wird.

Darüber hinaus ist dies nicht nur eine Frage der Verknüpfung von lokaler und globaler Ebene; es beinhaltet auch die Sicherung regionaler Solidarität zwischen benachbarten Räumen (Stadt und Dorf, Nachbarregionen, Ländern ...).

Die Sorge um und die Arbeit für räumliche Entwicklung kann einer der Hauptbeiträge von ländlichen

Regionen sein, um das wachsende Ungleichgewicht zu stoppen. Die Tatsache, dass eine enorme Anzahl der Bevölkerung konzentriert ist in verminderten städtischen Gebieten sollte nicht bedeuten, dass der Rest vergessen wird und dass die politischen Anstrengungen sich nicht auch dort konzentrieren sollten. Für uns dürfen ländliche Regionen nicht Orte werden, wo sich Armut nach und nach konzentriert: Eine gerechtere Verteilung der Ressourcen ist notwendig.

Die in Armut lebende Bevölkerung, vor allen Dingen Frauen und Kinder, muss um ihrer Überlebensbedürfnisse wegen versorgt werden mit Ressourcen wie Wasser, Land, Bildung und Gesundheitsfürsorge. Das Recht auf Ernährungssouveränität muss garantiert werden. Die sozialwirtschaftliche Nachhaltigkeit von Millionen von benachteiligten Menschen auf dem Planeten erfordert eine autonome lokale Entwicklung für und mit der lokalen Bevölkerung des Südens.

Ein Beispiel wachsender Benachteiligung ist die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen. Diese wird bezahlt von denen, die in den am meisten isolierten Gebieten leben, die mehr und mehr Dienstleistungen dahinschwinden sehen und daher gezwungen sind, nach Dienstleistungen in anderen Regionen zu suchen. Diese Suche wird den regionalen Wettbewerb

vergrößern und die Solidarität verringern; im schlimmsten Fall wird die Bevölkerung zur Migration in größere Ballungszentren gezwungen, in denen diese Dienstleistungen vorhanden sind. Es wäre angemessener, Dienstleistungen in der Nähe zu finden. So würde die Bevölkerung sich ermutigt fühlen zu bleiben und ihre Gemeinschaften zu entwickeln anstatt in städtische Gebiete oder die Länder des Nordens auszuwandern.

In den Ländern des Südens gibt es verstärkt die Tendenz zur Migration in größere Ballungszentren in ihren eigenen Ländern oder sogar in den Norden. Wir dürfen nicht vergessen, dass ca. 800 Millionen Menschen der Welt in Armut und Hunger leben und dass die Mehrzahl von ihnen in ländlichen Regionen leben. Wir glauben, dass jeder und jede – und vor allem Frauen und Kinder – als diejenigen, die am meisten von Armut betroffen sind – das Recht hat auf Zugang zu den Grunddienstleistungen: Gesundheitsfürsorge, Erziehung/Bildung, Beschäftigung, Ernährung, etc. Wenn wir nicht dazu beitragen, Bedingungen für die lokale Bevölkerung zu schaffen, damit sie bleiben und sich in ihren eigenen Gemeinschaften entwickeln, tragen wir bei zu einem Verlust von Ressourcen auf allen Ebenen: gebildete Menschen wandern aus, junge Menschen gehen in die Städte, der Zugang zu Land wird eingeschränkt etc.

4. Landwirtschaft

Im gegenwärtigen System lässt sich beobachten, dass manche Länder meinen, sie hätten das Recht und die Rolle jede und jeden zu „ernähren“ – dies führt zu einer politischen Position, die zum einen die ununterbrochene Ausbeutung von Land

und Ressourcen und zum anderen eine solide Exportpolitik unterstützt. Hieraus entstehen nur negative Konsequenzen sowohl für den Norden als auch für den Süden: Im Norden müssen viele LandwirtInnen ihre Bewirtschaftung beenden. Sie erfüllen

nicht die Erwartungen und können die geforderten Quantitäten nicht produzieren, um den Zugang zu Subventionen zu erhalten bzw. im Wettbewerb zu Welthandelspreisen zu bestehen. Die Länder des Südens können sich nicht entwickeln, sei

Nachhaltige Entwicklung

es aufgrund von Ressourcenmangel und Preis-Wettbewerb der exportierten Produkte oder sei es durch Produkte, die mit intensiven landwirtschaftlichen Methoden produziert worden sind. Daneben führt die Tatsache, dass Subventionen mehr für Quantität als für Qualität gegeben werden, zu einer Konzentration von Land in den Händen weniger. Dies verhindert die Existenz von KleinproduzentInnen. Darüber hinaus tendieren die Subventionen dazu, eine bestimmte Art von Produktion zu finanzieren. Diese führt zu einer Spezialisierung in Einzel- oder Feldfrüchten oder Viehhaltungen, welches sowohl die autonome Entwicklung lokaler Gemeinschaften bedroht als auch den Erhalt der Umwelt und der bestehenden Ressourcen. Um dies zu verhindern und um das Recht auf Ernährungssouveränität zu garantieren ist es auch notwendig, dass nationale Regierungen den Export-Subventionen ein Ende bereiten.

Wir glauben an das Recht aller Gemeinschaften sich selbst zu ernähren und ihre eigene Ernährungspolitik zu definieren. Das ist das Prinzip von Ernährungssouveränität. Hinter dieser Idee steht das Recht auf Eigengenügsamkeit und Autonomie, die Pflicht, die Umwelt zu erhalten, und die Mög-

lichkeit von den existierenden Ressourcen zu leben, ohne sie stärker auszubeuten als erforderlich.

Um diesen Anspruch zu erfüllen ist es notwendig an einer WTO-Reform zu arbeiten, um die Bedingungen für eine gerechte Beteiligung der Länder des Nordens und der Länder des Südens sicher zu stellen. Als Beispiel mag auf Wasserknappheit hingewiesen werden, die zu einem Thema geworden, das weitere Überlegung und Kooperation erfordert.

Es ist wert auf der Vorstellung zu bestehen, dass es notwendig ist, ein neues System zu entwickeln – mit einer langfristigen Perspektive, wo Qualitätsproduktion und alternative Produktionsmethoden möglich sind, die Umwelt erhalten bleibt und wo ProduzentInnen eine Rolle als Akteure in lokaler Entwicklung erhalten.

Im Zusammenhang von Landwirtschaft und wachsender Ungleichheit ist auch auf die wachsende GVO-Industrie hinzuweisen. Das Patent auf Samen macht ProduzentInnen zu Gefangenen einiger bestimmter Konzerne der chemischen Industrie, die solche Samen produzieren, und hat zur gleichen Zeit negative Effekte auf die Biodiversität. Die Art, wie sich die GVOs entwickeln, schafft auch eine neue Schuld der

Länder des Nordens gegenüber den Ländern des Südens, da chemische Konzerne insbesondere Arzneipflanzen und Samen von diesen Ländern genommen haben und sie für ihre eigenen Interessen patentiert und privatisiert haben. Ergebnis ist, dass den Ländern des Südens der Zugang zu Ressourcen, die ehemals ihnen gehörten, verwehrt ist, da sie die Kosten hierfür nicht bezahlen können.

Obwohl die Situation ziemlich beängstigend ist, glauben wir an die Möglichkeit, alternative Systeme zu implementieren. Als Jugendorganisation müssen wir eine starke Position entwickeln zur Kernfrage der Zukunft der Landwirtschaft. Tatsächlich haben einige unserer Mitglieder bereits Kooperationen mit anderen gebildet, um daran zu arbeiten. Der nächste Schritt sollte sein, Alternativen zu finden vor allen Dingen in Bezug auf die Niederlassung von JunglandwirtInnen, die Wahl alternativer Produktionsarten und den Zugang zu Lebensmitteln in einer autonomen Weise. Im Rahmen der Landwirtschaftspolitik sollten Regierungen einhellig zustimmen, die Zuschüsse zur Erfüllung der Grundbedingungen für nachhaltige Entwicklung zu verwenden.

5. Energie

Im vorhergehenden Kapitel haben wir uns auf die sich fortsetzende Ausbeutung von Land und von natürlichen Ressourcen durch die Landwirtschaft verwiesen.

Die Nutzung von Energie folgt der gleichen Tendenz. In diesem Sinne müssen wir zwei Ziele parallel erreichen. Zunächst müssen wir den Verbrauch reduzieren, um die wachsende Verschmutzung in verschiedenen Bereichen zu stoppen: Wir brauchen eine Ver-

kehrspolitik, die die Ausbreitung der verschiedenen Transportmittel reguliert und zwar in Übereinstimmung mit Landansiedlung und Nutzung als auch mit der Förderung von mehr ökologischen Alternativen. Das gleiche Prinzip kann auf Industrieansiedlung angewendet werden. Diese nimmt außerhalb der Städte zu und beeinflusst somit die ländliche Welt dadurch, dass viele Landstücke zum Wohl eines fortdauernden

Wachstums industrieller Kapazität geopfert werden.

Letztendlich sollte es strengere Regulierungen zur industriellen Verschwendung von Ressourcen geben und mehr Kampagnen, um ein Bewusstsein zur notwendigen Energieeinsparung in Privathaushalten zu schaffen. Mit Blick auf die ganze Bevölkerung gilt, Abfall und seine Vernichtung oder Recycling besser zu handhaben. Wir fordern ebenso die

Ratifizierung und Implementierung der multilateralen Übereinkommen bezüglich des Schutzes der Umwelt (Biodiversität, Klima, Abfälle, Entvölkerung ...) und die Unterstützung von rechtlichen und verfahrensrechtlichen Rahmenbedingungen in Bezug auf die Verantwortlichkeiten der Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen bezüglich der Implementierung dieser Maßnahmen.

Zum zweiten sollten alternative Formen von Energie aus weniger verschmutzenden Quellen eingesetzt werden. Mancherorts wird Kernenergie als nachhaltig definiert. Hiermit stimmen wir nicht überein. Die Nutzung von Kernenergie stimmt nicht mit der Definition von nachhaltiger Entwicklung, wie sie oben dargelegt ist, überein; sie ist unverantwortlich gegenüber zukünftigen Generationen. Auf der ganzen Welt gibt es keine Sicherheitslösung in Bezug

auf die Entsorgung von Nuklearabfällen.

Untersuchungen, Experimente und Projektfinanzierung müssen ausgeweitet werden, damit die Möglichkeiten zur Nutzung von Windkraft, Sonnenkraft, Biomasse etc. erforscht werden können, um eine nachhaltigere und gerechtere Verteilung von Ressourcen und eine langfristige Reduzierung von Verschmutzung zu erreichen. In Bezug auf Landwirtschaft können LandwirtInnen auch eine Rolle als PartnerInnen in der Produktion regenerativer Energieressourcen haben (z. B. bezüglich des Transportes oder Wärmedämmung). Dies böte zunehmende Beschäftigungsmöglichkeiten, wirtschaftliche und regionale Entwicklung.

Solche Projekte erfordern gleichzeitig einen Wandel hin zu einem Gleichgewicht zwischen bekannten und alternativen Energieformen (Energimix). Dies er-

fordert einen starken politischen Willen und Durchsetzungsvermögen gegenüber den Interessen großer Unternehmen anstelle deren Unterstützung.

Schließlich kann die Nutzung regenerativer Energiequellen erfolgreich zum Klimaschutz beitragen.

Wir fordern eine reale Verpflichtung nationaler Regierungen gegenüber dem Kyoto-Protokoll. Es muss Schluss sein mit der Logik, dass ein Staat sich von seinen Verpflichtungen lösen kann, wenn er genügend Mittel hat dafür zu zahlen. CO₂-Emissionen müssen reduziert werden, um die Zunahme der Erwärmung des Planeten zu verhindern. Die Zunahme von Verschmutzung muss gestoppt werden. Es muss eine Verminderung verschmutzender Emissionen geben, aber auch die Suche nach alternativen Quellen, u. a. durch strukturelle Veränderungen.

6. Bildung und Mitbestimmung

Eine verantwortungsvolle und solidarische Welt wird nicht möglich sein, wenn Menschen nicht in der Lage sind die Konsequenzen ihrer Aktionen auf die sie umgebende Welt zu analysieren. Dies muss von Kindheit an durch eine verpflichtende und freie Erziehung erreicht werden.

Anfangs haben wir die Notwendigkeit zum Umdenken betont. Für uns kann diese Veränderung hauptsächlich durch Bildung erzielt werden. Bildung sollte die Kernfragen reflektieren, die wir bisher aufgegriffen haben. Bildungssysteme sollten angepasst werden, damit neue Lernsysteme bezüglich einer Wertediskussion ihren Platz finden. Dies beinhaltet die Prinzipien Kooperation, Solidarität und Demokratie – alle eng verknüpft

mit der Idee einer nachhaltigen Entwicklung.

Bildung selbst ist ein universeller Wert, und daher sollte der Zugang zu ihr auch universell sein. Jeder Mensch sollte das Recht auf qualitative Erziehung und Bildung haben. Damit weisen wir auf die Idee einer Erziehung als öffentliche Dienstleistung überall hin. Diese ist tief verbunden mit den Prinzipien nachhaltiger Entwicklung. Ohne Bildung ist es nicht möglich, dass Menschen ihre eigenen Ideen und Projekte entwickeln oder ein Bewusstsein dafür bekommen, dass es notwendig ist, sich einzubringen in die Definition von neuen sozialen Zielen und langfristigen Projekten, um eine nachhaltige Zukunft zu erreichen. Spezielle Anstrengungen müssen



gemacht werden in den Ländern des Südens, wo Kinder, vor allen Dingen Mädchen, von einem fairen Zugang zu Bildung ferngehalten werden. Dies stellt eine

Nachhaltige Entwicklung

Bedrohung für ihre zukünftige Entwicklung dar.

Mehr noch, Bildung sollte lebenslang zur Verfügung gestellt werden. Wie bereits gesagt, Bildung muss ein Mittel sein, das Menschen erlaubt, die Fertigkeiten und Fähigkeiten zu erwerben, um die Welt und ihre Mechanismen zu verstehen, sich durch Meinungsäußerung zu positionieren und mit langfristigem Einsatz zu handeln. Auf allen Ebenen, von der lokalen bis zur globalen, müssen wir lernen zu verstehen und nicht nur Wissen anhäufen. Mit anderen Worten, es gibt die Notwendigkeit, Wissen zu vermenschlichen und einen pädagogischen Plan zu entwickeln, der angewiesen ist auf eine Schule, die

offen ist für die lokale Wirklichkeit und die Welt, indem sie das Wissen sie zu verstehen und sie zu beeinflussen zur Verfügung stellt.

Als Jugendorganisation ist es unsere Rolle, zur Bildung jedes unserer Mitglieder sowie anderer Menschen, die in den Gemeinschaften leben, in denen wir aktiv sind, beizutragen. Das Organisieren von Seminaren und Austauschen gehört zu den besten Möglichkeiten, die wir haben, um weiterzubilden und MultiplikatorInnen zu stärken. Diese können dann gestärkt zu ihren lokalen Gruppen zurückgehen und ihr Wissen teilen. So können Projekte geschaffen werden, die die Dorfgemeinschaften verbessern.

Impressum

Herausgeber: MIJARC Europa AISBL,
Rue Coosemans 53,
1030 Brussels, Belgien,
Tel.: +32-2-7 42 30 64,
Fax:+32-2-73 49 225,
Web: www.mijarc.info,
E-Mail: europe@mijarc.org
Redaktion: Christian Schärtl (V.i.s.d.P.),
Markus Schrader
Verlag: Landjugendverlag GmbH,
Drachenfelsstraße 23, 53604 Bad
Honnef-Rhöndorf, Germany
Layout: Thomas Jakobi,
www.partout.info

Gefördert durch den Europarat.

Schlussbemerkung

Mit diesem Papier hoffen wir eine Diskussion in unseren Mitgliedsbewegungen und auch darüber hinaus mit unseren PartnerInnen und Institutionen in Gang zu bringen. Wir hoffen, zu den Überlegungen von Johannesburg beizutragen und zur selben Zeit Ideen und Projekte zu entwickeln, die zum Erreichen einer nachhaltigen Gesellschaft beitragen – mit dem Engagement aller Akteure. Das Ringen um soziale Gerechtigkeit und das Wohlergehen aller Menschen ist eine ernste Angelegenheit, und Anstrengungen müssen in verschiedenen Richtungen unternommen werden: politischer Wille und Bildung, Landwirtschaft und räumliche Entwicklung, Energie und Ökonomie sind Bereiche, wo wir unseren Beitrag gerne leisten wollen und auch reale Verpflichtungen seitens der Institutionen sehen.

Die Komplexität nachhaltiger Entwicklung zwingt uns dazu,

unsere Kultur und unsere Art über Probleme zu denken anzupassen – und konsequenterweise unsere Art darauf zu antworten. Die Wahl nachhaltiger Entwicklung ist eine politische, die aus allen Bereichen der Gesellschaft kommt. Wir sind aufgefordert als Individuen sowie als

Teil der Gesellschaft. Zusammen mit Nichtregierungsorganisationen, sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen möchte die MIJARC zu dieser gewaltigen Herausforderung beitragen – um zusammen zu leben mit der gesamten Menschheit.

